

### WIRTSCHAFT.WEITER.DENKEN.

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

## Preisverleihung an Prof. Branko Milanović

Die ungleiche Welt – Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht

Berlin, 19. März 2018





### WIRTSCHAFT.WEITER.DENKEN.

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

## Preisverleihung an Prof. Branko Milanović

Die ungleiche Welt – Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht

Berlin, 19. März 2018



#### Vorwort

#### **Kurt Beck**

Ministerpräsident a.D., Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung

Spätestens seit Ausbruch der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007/2008 ist es offensichtlich geworden, dass die gängigen wirtschaftstheoretischen Modelle, insbesondere der sogenannte neoklassische Mainstream, und viele darauf aufbauende wirtschaftspolitische Rezepte an ihre Grenzen gestoßen sind. Weder haben führende Wirtschaftswissenschaftler\_innen die Finanz- und Wirtschaftskrise kommen sehen, noch scheint mit ihren wirtschaftspolitischen Empfehlungen eine rasche und nachhaltige Überwindung der Krise, vor allem in Europa, zu gelingen.

Im Zusammenhang mit vielen Problemen und Herausforderungen unserer Zeit – z.B. der Finanzmarktstabilität, der hohen Arbeitslosigkeit in Europa, der zunehmenden Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, der Globalisierung, der Digitalisierung oder dem Klima-

wandel – scheint der neoklassische Mainstream in den Augen vieler Beobachter\_innen keine wirklich adäquaten Antworten und dauerhaften Lösungen zu liefern.

Die Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung hat vor diesem Hintergrund im Laufe des Jahres 2013 beschlossen, der gerade auch in Deutschland in der Wissenschaft, Politik und Presse zunehmend einseitig geführten wirtschaftspolitischen Debatte durch die Auslobung eines Preises für Wirtschaftspublizistik zu mehr Pluralität zu verhelfen. Nur durch eine größere Theorienvielfalt, durch Methodenpluralismus und durch Interdisziplinarität kann ein wissenschaftlicher Wettstreit um die besten ökonomischen Ideen, Modelle und Politikempfehlungen zur nachhaltigen Gestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft gewährleistet werden.



Mit dem Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik "Wirtschaft.Weiter.Denken." sollen daher Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler\_innen geehrt werden, die jenseits der volkswirtschaftlichen Standardtheorie oder des makroökonomischen Mainstreams neue Antworten auf die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit suchen und entwickeln.

Der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik wird in diesem Jahr zum vierten Mal verliehen. Die Preisträger\_innen in den Vorjahren waren:

- Mark Blyth (Preisträger 2015), Professor für Internationale Politische Ökonomie an der US-amerikanischen Brown University in Providence, Rhode Island (USA), für sein Buch Wie Europa sich kaputtspart Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik;
- Mariana Mazzucato (Preisträgerin 2016), Professorin für Wissenschafts- und Technologiepolitik an der britischen Universität Sussex, für ihr Buch Das Kapital des Staates Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum;
- Oliver Nachtwey (Preisträger 2017), Wissenschaftler am Institut für Soziologie der TU Darmstadt sowie am Frankfurter Institut für Sozialforschung, für sein Buch Die Abstiegsgesellschaft – Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne.

Die Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe und Förderung von Büchern und Texten, die grundsätzliche Probleme der Wirtschaftsund Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben. Die Bedeutung gesellschaftlicher Akteure, vor allem der Gewerkschaften, die Vermittlung der Aspekte der Globalisierung und Beiträge zur Weiterentwicklung der Theorie der Sozialen Demokratie sind weitere thematische Leitlinien für die Auswahl der Projekte der Stiftung.

Die Verleihung des mit 10.000 Euro dotierten Buchpreises für Wirtschaftspublizistik "Wirtschaft.Weiter. Denken." entspricht somit den Zielen der Stiftung, die von Hans Matthöfer (1925–2009) – einem bekannten SPD-Politiker und Gewerkschafter, der zwischen 1974 und 1982 Minister in mehreren Bundesregierungen

war – und seiner Frau Traute ins Leben gerufen wurde. Ich freue mich sehr, dass wir diese Preisverleihung dank des finanziellen Engagements der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung auch in diesem Jahr wieder vornehmen können.

Im Rahmen des Nominierungsverfahrens sind im Herbst vergangenen Jahres über 40 Vorschläge – neben Büchern auch Blog-Beiträge, Kolumnen, Kommentare, Reportagen und Artikel in Zeitungen sowie Fachzeitschriften – eingegangen. Für diese rege Beteiligung möchte ich mich im Namen der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung ebenfalls sehr herzlich bedanken. Die große Anzahl an Einsendungen und auch die vielen positiven Rückmeldungen zeigen, dass wir mit der Verleihung dieses Buchpreises richtig liegen.

Auf die Shortlist für die diesjährige Verleihung des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik "Wirtschaft.Weiter.Denken." schafften es von den eingegangenen Einsendungen:

- das Buch von Uwe Fuhrmann Die Entstehung der "Sozialen Marktwirtschaft" 1948/49 – Eine historische Dispositivanalyse, veröffentlicht durch UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz und München, 7/2017;
- das Buch von Stephan Lessenich Neben uns die Sintflut – Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, veröffentlicht durch Hanser Berlin im Carl Hanser Verlag München, 10/2016;
- das Buch von Branko Milanović Die ungleiche Welt Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht, erschienen im Suhrkamp Verlag, Berlin, 10/2016;
- das Buch von Aaron Sahr Keystroke-Kapitalismus Ungleichheit auf Knopfdruck, veröffentlicht durch Hamburger Edition, Hamburg, 9/2017;
- das Buch von Till van Treeck und Janina Urban (Hrsg.)
  Wirtschaft neu denken Blinde Flecken der Lehrbuchökonomie, publiziert durch iRights media, 12/2016.

Die Mitglieder der unabhängigen Auswahl-Jury,

- Frau Dr. Brigitte Preissl, Chefredakteurin der Fachzeitschriften Wirtschaftsdienst und Intereconomics,
- Herr Prof. Dr. Peter Bofinger von der Universität Würzburg, Mitglied des Sachverständigenrates zur

Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und

 Herr Thomas Fricke, ehemaliger Chefökonom der Financial Times Deutschland, heute u.a. Chefökonom der European Climate Foundation und Kolumnist auf Spiegel Online

haben dann im Rahmen eines intensiven Begutachtungsverfahrens aus den fünf Finalist\_innen den Gewinner ermittelt. Auch Ihnen möchte ich für Ihr Engagement und Ihre Mitwirkung an dieser Stelle sehr herzlich danken.

Der Auswahl-Jury ist die Entscheidung nicht leicht gefallen. Dennoch stand am Ende fest: Der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik "Wirtschaft.Weiter. Denken." 2018 der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung geht an Branko Milanović, Professor an der City University von New York, ehemaliger Chefökonom in der Forschungsabteilung der Weltbank und einer der weltweit renommiertesten Forscher auf dem Gebiet der Einkommensverteilung, für sein Buch *Die ungleiche Welt – Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*, dessen deutschsprachige Ausgabe im Suhrkamp Verlag in Berlin im Herbst 2016 erschienen ist.

Frau Dr. Brigitte Preissl wird im Rahmen der Laudatio auf den Preisträger noch etwas genauer die Gründe erläutern, warum die Jury sich für dieses Buch entschieden hat. Ohne groß vorgreifen zu wollen denke ich aber, dass die Jury auch dieses Mal wieder eine sehr gute Wahl getroffen hat. Das Buch von Professor Branko Milanović ist mit seinem Fokus auf die zunehmende Ungleichheit in der Welt und die damit verbundenen internationalen Migrationsbewegungen von äußerst hoher Aktualität.

Denn richtig ist: Die zunehmende Ungleichheit ist eines der drängendsten ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Probleme unserer Zeit, das es zu lösen gilt.

Nur um eine Zahl herauszugreifen: 1.760.000.000.000 US-Dollar. In Worten: einskommasiebensechs Billionen. Auf diese Summe schätzte z.B. Oxfam kürzlich das Vermögen der 62 wohlhabendsten Menschen der Welt. Ein paar Dutzend Milliardäre verfügen über so viel Geld wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – oder wie 3.600.000.000 Menschen. Dies stellt eine atemberaubende Schieflage dar.

Anhand neuer, haushaltsbasierter Daten zu Einkommen und Vermögen untersucht Branko Milanović die Ursachen und Folgen der zunehmenden Ungleichheit. Er zeigt: Zwar ist im Zuge der voranschreitenden Globalisierung der Abstand zwischen den armen und den reichen Staaten geringer geworden. Das Gefälle innerhalb einzelner Nationen hat jedoch dramatisch zugenommen. Vor allem die obersten Einkommensgruppen haben in den vergangenen Jahrzehnten vom steigenden Wohlstand besonders stark profitiert. Die Mittel- und Unterschicht hingegen kaum.

Branko Milanović weist in seinem Buch zugleich darauf hin, dass Armut und Perspektivlosigkeit treibende Kräfte für internationale Migrationsbewegungen sind. Das Geburtsland eines Kindes ist noch immer der entscheidende Faktor für die Höhe seines zukünftigen Einkommens. Die massive globale Ungleichheit führt daher zu zunehmender Migration aus den armen Ländern des Südens in den reichen Norden, mit all ihren positiven, aber auch negativen Begleiterscheinungen.

Zu Recht warnt Branko Milanović in seinem Buch: Die zunehmende globale Ungleichheit gefährdet nicht nur die wirtschaftliche Stabilität in den Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern. Mit dem Absturz der (unteren) Mittelschicht in vielen Industrieländern ist sie auch Wasser auf die Mühlen des Rechtspopulismus und bedroht damit letztlich unsere Demokratie. Daher gilt es, in Deutschland, in Europa und auch auf globaler Ebene Politikansätze zu entwickeln, die der zunehmenden globalen Ungleichheit Einhalt gebieten. Es gilt, den Kapitalismus und die Globalisierung so zu gestalten, dass die möglichen Wohlstandsgewinne bei allen Menschen gleichermaßen ankommen. Branko Milanović beschreibt hierzu in seinem Buch einige innovative und diskussionswürdige Politikansätze.

Insgesamt handelt es sich also um ein aktuelles, ein engagiertes Buch, das die Art und Weise, wie wir über die ungleiche Welt und unseren Platz darin denken, verändern wird.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre der Reden, die während des Festaktes zur Preisverleihung am 19. März 2018 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin gehalten wurden: die Festrede von Andrea Nahles, MdB, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, die Laudatio von Dr. Brigitte Preissl, Chefredakteurin der Fachzeitschriften *Wirtschaftsdienst* und *Intereconomics* sowie Mitglied der Jury, und die Dankesrede von Prof. Dr. Branko Milanović, dem Preisträger.

#### Festrede

#### **Andrea Nahles, MdB**

Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Vielen Dank erst einmal an die Friedrich-Ebert-Stiftung für die Einladung zur heutigen Veranstaltung und vielen Dank auch dafür, dass die Stiftung diesen Preis auslobt, den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik. Mein Dank und meine Glückwünsche gehen an den diesjährigen Preisträger, Prof. Branko Milanović. Er hat 2016 bereits sein Buch Die ungleiche Welt - Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht veröffentlicht. Dieses Buch hat sehr zum verbesserten Verständnis der Ungleichheit beigetragen, nicht nur in unseren Ländern im Einzelnen, sondern es hat auch insgesamt die globale Perspektive aufgemacht. Das ist wichtig, denn es ist letztendlich ja entscheidend, dass wir uns diese Gründe und Dynamiken der un-Einkommensentwicklung klarmachen, damit wir auch politisch darauf reagieren können.

Ich muss sagen, als ich das Buch doch intensiver - ich habe leider nicht jede Seite geschafft - durchgelesen habe, habe ich teilweise schon ein Stück weit Pessimismus empfunden. Denn beim Lesen dachte ich, dass das, was ich die letzten Jahrzehnte, insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren, als ich groß geworden bin, für normal gehalten hatte - steigende Einkommen auf breiter Front und eine sinkende Ungleichheit -, eine historische Ausnahme war. Das ist, wenn man selbst mit einer anderen Erfahrung aufwächst, natürlich als Erkenntnis erst einmal schwer zu verdauen. Ich habe dann dem Buch aber auch etwas sehr Ermunterndes, etwas sehr Optimistisches entnommen, denn es ist tatsächlich nicht zuletzt auch abhängig gewesen von politischen Gestaltungen, von der Frage, wie man Politik gemacht hat und wie man Staatlichkeit verstanden hat, die diese Situation, die eher eine Ausnahme war, ermöglicht hat.



Andrea Nahles, MdB

Also mit anderen Worten: Weniger Ungleichheit kann erreicht werden. Es ist eine Frage der politischen Gestaltung.

Das hat mir wiederum dann sehr viel Mut gemacht. Und in dieser Spannung will ich heute das Buch ein bisschen beleuchten, auch aus der deutschen Perspektive. Denn eine Sache habe ich als Bundesarbeitsministerin in den letzten Jahren gemerkt: Wir haben den fünften Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlicht, und da haben wir über mehrere Hundert Seiten alleine für Deutschland diese Frage aufgegriffen und ein differenziertes Bild der sozialen Lage in unserem Land gezeichnet. Eine der wesentlichen Erkenntnisse dabei ist, dass sich Armut eben nicht auf monetäre Leistungen reduzieren lässt. Und wer dauerhaft vom Existenzminimum lebt, wird immer weiter ausgeschlossen. Auch deswegen ist die jüngste Debatte von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn total fehlgeleitet, der hier sozusagen einen verkürzten Armutsbegriff zugrunde legt.

Wir versuchen stattdessen, einen erweiterten Begriff der Teilhabe an der Gesellschaft zugrunde zu legen, und deswegen ist es wichtig, diese Teilhabe auch zu ermöglichen. Hier muss ich selbstkritisch sagen, dass wir in Deutschland viel zu lange zugelassen haben, dass Menschen über Jahrzehnte im Prinzip die rote Karotte vor die Nase gehalten bekommen haben, nämlich den ersten Arbeitsmarkt mit Maßnahmen zu erreichen, die die Arbeitsmarktpolitik bereithält. In Wirklichkeit sind aber diese Maßnahmen, häufig Halbes-Jahr-Maßnahmen, nicht geeignet, und die Leute sind oft gedemütigt worden, ohne dass das die Absicht war, aber das war der Effekt!

Deswegen brauchen die Menschen etwas Besseres. Sie brauchen keine Maßnahmen, sie brauchen Arbeitsverträge, sie brauchen Arbeit. Denn Arbeit ist Würde. Deswegen haben wir einen ganz entscheidenden neuen Ansatz beschlossen in der jetzt gefundenen Koalitionsverabredung der neuen Regierung, denn wir haben gesagt: Wir schaffen einen sozialen Arbeitsmarkt, einen öffentlichen Arbeitsmarkt für diese Leute, die jetzt sehr lange schon in Arbeitslosigkeit sind, von Sozialleistungen abhängig sind, und wir machen da zum ersten Mal auch richtig einen Sprung. Das sind Milliarden in einem hinterlegten Konzept des sozialen Arbeitsmarktes, was auch zum ersten Mal den sogenannten Passiv-Aktiv-Tausch ermöglicht.

Das bedeutet: Wir können die Mittel, die jetzt für passive Leistungen aufgebracht werden, auch für aktive

einsetzen. Dagegen hatte sich noch in der letzten Legislatur der Bundesfinanzminister gewehrt. Ich glaube, wir müssen wirklich Perspektiven aufzeigen, mit Würde Menschen aus der Transferleistung herauszunehmen. Das muss der erste Fokus sein, und dafür ist die Grundlage hier an einer sehr neuralgischen Stelle gelegt worden, wo wir in den letzten Jahren zu wenig nach vorne gebracht haben. Darüber bin ich froh.

Es ist keine Antwort auf die grundsätzliche Ungleichheit, aber es ist die Antwort auf die Frage: Wie gehen wir mit der Gruppe, die am meisten abgehängt ist, nämlich den Langzeitarbeitslosen, in den nächsten Jahren um? Und das ist, glaube ich, ein Durchbruch gewesen, der hier erreicht werden konnte. Er muss jetzt umgesetzt werden, und als SPD-Fraktionsvorsitzende habe ich ein Auge darauf, das kann man so sagen, das ist noch milde ausgedrückt.

Wir haben im letzten Bundestagswahlkampf – Herr Milanović, ich weiß nicht, ob Sie es mitbekommen haben - als Sozialdemokrat\_innen "Zeit für mehr Gerechtigkeit" ausgerufen. Da kann man ja sagen: Die haben es verstanden. Das ist doch genau das, was sie von uns wollen. Aber: Der Wahlkampf lief nicht so gut, auch wegen des Themas - verrückterweise. Es ist nämlich etwas passiert – das hat eben Kurt Beck bereits angedeutet: Über die klassischen Fragen von Arm und Reich, der Kluft zwischen Arm und Reich, der Ungleichheitsdebatte, hat sich etwas anderes drübergeschoben, nämlich: dass wir plötzlich Themen hatten, die sozusagen eine Ethnisierung dieser Grundauseinandersetzung, sozusagen eine Regionalisierung dieser Grundauseinandersetzung und, sagen wir mal, um es freundlich zu formulieren, eine stark auf Komplexitätsreduktion ausgerichtete Überlagerung dieser Ungleichheitsdebatte hatten.

Denn es ist ja was passiert: Es sind eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Wir haben nicht die Schotten dicht gemacht, wir haben diese Verantwortung angenommen, weil es eine massive Bürgerkriegsmigration gegeben hat, insbesondere aus Syrien, aber auch aus anderen Teilen der Welt. Und dann haben wir beobachtet – und ich kann für mich zumindest sagen, dass ich das auch zu spät verstanden habe –, dass sich praktisch plötzlich Ungleichheit materialisierte in einer anderen Art und Weise, als es einer progressiven Bewegung wie der sozialdemokratischen naheliegt. Denn: Ungleichheit und Gerechtigkeit wurden nun eben verquickt mit diesen Erfahrungen, zum Beispiel, dass wir viele, viele Jahre eine Wohlstandsentwicklung

in unserem Land hatten, an der viele Menschen nicht teilgenommen hatten. Wir haben in dem Armuts- und Reichtumsbericht, den ich erwähnt hatte, herausgefunden, dass in den letzten 20 Jahren 40 Prozent der unteren Lohngruppen nicht mehr an der Reallohnsteigerung teilgenommen haben.

Jetzt trifft also diese Grunderfahrung – ich nehme hier schon seit Jahren nicht mehr an der Reallohnentwicklung teil – plötzlich auf die Zuwanderungsproblematik – hier kommen jetzt ganz neue Leute, und – oops – auf einmal haben die aber ganz schön viel Geld. Und ich sage, dass in dieser Kombination plötzlich nicht mehr der ursprüngliche Konflikt der Verteilung, sondern der übergelagerte – die eine Gruppe wird aber besser behandelt als ich – sich drübergelegt hat, sodass unser "Zeit für mehr Gerechtigkeit" nicht funktionierte, weil es gar nicht mehr in der Form auf das, was auch die Leute empfunden haben, reagiert hat – gleichwohl der Grundkonflikt keinesfalls dadurch aufgelöst worden wäre, in keinster Weise.

Das Argument jedenfalls, es sei kein Geld da, muss auch für die, die dann Langzeitarbeitslose waren, wo wir eben nur kleine Maßnahmen erreicht haben, merkwürdig geklungen haben. Und als dann auch noch eine regionale Komponente hinzugekommen ist - das muss man eben auch in Deutschland wissen, das gibt es aber auch überall auf der Welt -, sehr abgehängte Regionen, die das mittlerweile auch als Region so wahrnehmen. Das wird nicht mehr individuell, sondern durchaus auch in der Region so wahrgenommen. Das kam dann noch hinzu, weil natürlich auch die Verteilung der Flüchtlinge oft nach billigem Wohnraum und nicht nach den sinnvollsten Regionen gelaufen ist, weil es am Anfang völlig ungesteuert lief. Und auch die nachträglich eingeführte Residenzpflicht hat daran wenig geändert. Sie wird auch weiterhin ignoriert und nicht umgesetzt, wie ich feststellen musste.

Also: Jetzt haben sich nun genau diese Fragen der Migration – man konnte fast sagen, Sie haben es schon vorausgesehen – über die anderen Punkte drübergeschoben. Und ich glaube, das ist etwas, was wir uns in dieser Konsequenz noch nicht klar genug gemacht haben. Ich glaube nämlich, dass wir diese Frage offen diskutieren müssen, sozusagen des Pudels Kern aufdecken, um dann eine richtige Schlussfolgerung daraus zu ziehen. Denn die richtige Schlussfolgerung ist ja nicht, dass wir jetzt Schluss machen mit der Migration, bis wir die anderen Probleme gelöst haben. Das wäre ja schön: Also

wir machen mal Pause, ich bin dann mal weg, dann sortieren wir mal den Laden, wenn wir alles perfekt integriert haben, machen wir die Schotten wieder auf.

Das sind manchmal Fantasien, die man als Politiker\_in kriegt. Die sind aber totaler Quatsch. Stattdessen werden wir – und das ist auch verabredet in diesem Koalitionsvertrag – ein Einwanderungsgesetz machen. Das ist in Deutschland dringend überfällig. Wir brauchen nämlich tatsächlich ein vernünftiges, transparentes und leicht nachvollziehbares System, wie man in Deutschland einwandern kann. Dabei kann Religion im Übrigen kein Einwanderungskriterium sein, um es mal ganz klar an dieser Stelle auch zu sagen. Denn die Zugehörigkeit zu unserem Land macht sich nicht an der Religion fest.

Und deswegen sage ich das wieder vor dem Hintergrund dieser Debatte, die wir ja gerade wieder hatten: Es braucht andere Kriterien. Die müssen wir diskutieren. Aber wir müssen eben an dieser Stelle meiner Meinung nach einen Neustart dieser Debatte machen, und zwar einen doppelten Neustart. Einen Neustart, einerseits, dass wir eben diese unterschwelligen ökonomischen Verwerfungen nicht zulassen, dass sie ethnisiert werden oder zu Religionskriegen umfunktioniert werden, auch im Inneren, sondern man muss an dieser Stelle ganz klar dem Prinzip der Aufklärung, des Arguments und der Wahrheit folgen. Andererseits aber, dass wir den dahinterliegenden Frust der Leute, die ja unzufrieden sind mit der Ungleichheit, die sie selbst erfahren, eben auch genauso ernst nehmen, aber eben dann auch mit den richtigen Mitteln bekämpfen.

Unser Land braucht in Zukunft definitiv dringend Migration – wir haben eine demografische Entwicklung, die nichts anderes nahelegt. Da haben wir auch eine andere Lage als andere Länder, das kann man nur noch mit Japan vergleichen. Deswegen können wir es uns am allerwenigsten leisten, es einfach hinzunehmen, dass da einige Leute hetzen. Das ist also die eine Seite.

Das bedeutet aber auf der anderen Seite, dass wir den strukturellen Befund der Ungleichheit, den wir eben auch in unserer Gesellschaft haben, der sich an ökonomischen, an regionalen, an lebensweltlichen Fragen materialisiert, auch anpacken müssen. Wir brauchen deswegen einen handlungsfähigen Staat. Tja, das sagt die Sozialdemokratie eigentlich schon immer.

Heute ist eben der handlungsfähige Staat nicht mehr auf den Nationalstaat zu beschränken, das ist die eine Sache, das macht es schwieriger. Auf der anderen Seite bedeutet es trotzdem, dass man die Spielräume, die man national hat, auch anpacken muss. Ich nehme einmal eine Frage, die in den letzten Jahren wenig Gegenstand staatlichen Handelns war: Das war die neue soziale Frage in unserem Land, die Wohnungspolitik. Das ist nämlich tatsächlich eine neue soziale Frage. Die besten Lohnentwicklungen - und wir hatten in den letzten Jahren in Deutschland extrem gute Lohnentwicklungen - werden weggefressen durch die Mietsteigerungen – überall. Es ist mittlerweile extrem. Es werden Menschen heimatlos, die Jahrzehnte in einem bestimmten Kiez, z.B. hier in Berlin, gewohnt haben, die nun umziehen müssen, weil es eben eine Modernisierung gibt, die sie vertreibt.

Wir haben deswegen großen Wert darauf gelegt, dass jetzt als Grundlage für diese neue Regierung zum Beispiel die Absenkung der Modernisierungsumlage beschlossen wird – das klingt irgendwie kryptisch, heißt aber nichts anderes, als dass die Kosten der Modernisierung begrenzt werden, nicht umgelegt werden in voller Höhe auf die Mieter\_innen, damit die das überhaupt noch verkraften können. Wir haben Wert darauf gelegt, dass 1,5 Millionen neue Wohnungen gebaut werden - bezahlbare Wohnungen, Sozialwohnungen. Obwohl der Bund eigentlich die Kompetenz für den Wohnungsbau gar nicht mehr hatte, haben wir trotzdem 2 Milliarden Euro in die Hand genommen – und mehr: nämlich insgesamt 4 Milliarden Euro, weil die Länder auch noch 2 Milliarden Euro dafür bereitstellen.

Ich will damit nur sagen: Wir müssen die Probleme, die sich konkret den Einzelnen stellen, angehen. Und da hilft nicht der Verweis auf die gute Lohnentwicklung. Wir müssen vielmehr schauen: Was kommt wirklich bei den Leuten an. Wie gestaltet sich das wirklich in der Realität? Und deswegen ist es aus meiner Sicht wichtig, dass wir genau diese neuen sozialen Fragen in dieser Form auch anpacken.

Alte soziale Fragen sind beispielsweise: Wie kann man sich auf Arbeit verlassen? Arbeit ist in den letzten Jahren für viele eine nicht mehr verlässliche Größe gewesen. Weil die Löhne zu niedrig waren, weil die Arbeit befristet war, weil sie schlicht und ergreifend für einige Gruppen – und nicht wenige – prekär geworden ist. Vor diesem Hintergrund gehen auch unser mehr als harter Kampf um die Beschneidung der sachgrundlo-

sen Befristung und die harten Einschnitte, die bei der Verkettung von Befristung kommen werden – da bin ich sehr zufrieden – in die richtige Richtung, wenngleich noch nicht das Ziel erreicht ist. Ich denke aber, dass wir diese Auseinandersetzung führen müssen – und wir merken immer, Herr Milanović, dass es komischerweise bei diesen Punkten besonders knirscht, so etwas durchzusetzen. Oder anders ausgedrückt: Es ist an keinem Punkt härter gewesen in den gesamten Koalitionsverhandlungen, als an dem Punkt, dass Arbeit nicht ohne Grund befristet ist.

Das ist eigentlich verrückt, wenn man sich das einmal klarmacht. Es sollte eigentlich gar kein Kampf notwendig sein, aber es ist einer gewesen. Und daran merkt man, dass wir in den letzten Jahrzehnten eben auch viel Boden unter den Füßen verloren haben. Denn in Wirklichkeit spiegelt sich hier der Erfolg der neoliberalen Debatten von Ende der 1990er Jahre wider, der sich dann in die Prekarisierung auch von Arbeit umgesetzt hat und den wir eben nicht in der Form verhindern oder aufgehalten haben.

Also: Wir müssen bei diesen Themen ganz konkret anpacken, denn die nächste Flexibilisierungs- und Modernisierungswelle ist längst da. Und ob die wieder mit mehr Ungleichheit einhergeht oder nicht, hängt davon ab, wie wir uns jetzt aufstellen. Und ich sage, deswegen ist die Frage, ob die Digitalisierung am Ende zu mehr selbstbestimmter Zeit der Arbeitnehmer\_innen führen wird oder ob die Arbeitnehmer\_innen führen wird oder ob die Arbeitnehmer\_innen zum Dienstleister der Digitalisierung werden, noch nicht beantwortet. Es ist möglicherweise in einigen Branchen so und in anderen so. Mein politisches Ziel ist es – und das ist ein wichtiges Ziel –, dass diese Zukunft gestaltbar ist. Das ist die eine Sache.

Aber sie ist eben auch nur im Verbund mit anderen gestaltbar. Und Selbstbestimmung der Arbeitszeit, auch im Sinne einer möglichen Reduktion von Arbeitszeit, wenn es maschinelle und Robotisierungsspielräume erlauben, ist auch eine Möglichkeit, mit Produktivitätszugewinn umzugehen. Na, Moneten oder Zeit? Ich sage Ihnen, die IG Metall, eine der großen Gewerkschaften hier in Deutschland, hat gerade eine interessante Tarifrunde gehabt, in der sie gesagt hat: Zeit und nicht Moneten. Das ist auch für Gewerkschaften ein interessanter Punkt. Die hatten Bildungsteilzeit schon verabredet und jetzt diese neue Tarifrunde, wo sie eine Reduktion, eine freiwillige, auf 28 Stunden herausgekämpft haben, die möglich ist. Ich bin der Meinung, dass wir versuchen sollten, dies auch politisch zu un-

terstützen, dies auch finanziell zu begleiten, was nicht ganz leicht war jetzt in den Koalitionsverhandlungen, aber das ist es.

Ein letzter Aspekt der Handlungsfähigkeit des Staates, der mir wichtig ist, ist die internationale Ebene. Straf- und Schutzzölle sind Instrumente von gestern. Aber sie werden nicht von allen Arbeitnehmer\_innen so gesehen, sondern sie werden teilweise als Schutz empfunden. Einer meiner Taxifahrer hier in Berlin sagte neulich: Na ja, der Trump, der macht doch was für seine Leute. Das war seine Meinung. Dass er diese Schutzzölle jetzt erhebt, sei vielleicht schlecht für Deutschland, aber eigentlich bewunderte er dahinter den Gestus.

Ich sage mal so: Wir hier als Exportweltmeister können natürlich mit solch einer Antwort nicht hantieren. Aber offensichtlich sollten wir es auch nicht unterschätzen, was für einen ideologischen Boden diese ganze Sache bei den Leuten hat, die sich der Globalisierung insgesamt allzu oft schutzlos gegenüber sehen. Und ich rede da keinesfalls nur von den Arbeitnehmer innen.

Liebe Leute, es ist doch wie folgt, dass auch der ganz normale Handwerksbetrieb oder Händler, der hier Steuern zahlt, sich genauso fühlt. Denn er wird herausgefordert. Die soziale Marktwirtschaft wird zurzeit herausgefordert, so wie wir sie in Europa kennen, vom chinesischen Staatskapitalismus, aber auch, mit Verlaub, von den libertären Silicon-Valley-Monopolisten, die Amazon und Google und Facebook heißen und hier in Deutschland keinesfalls Steuern zahlen. Das ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, denn die Konkurrenz wird immer schiefer. Rein marktwirtschaftlich betrachtet sind Monopole – jedenfalls aus unserer Sicht – das Gegenteil von guter Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft sieht sowieso anders aus.

Deswegen sage ich: Ich glaube, wir müssen – und das ist auch eine der Antworten auf diese Analyse, Herr Milanović – die Herausforderungen, die da sind, auch ehrlich benennen, denn wir glauben, dass wir hier in Deutschland und Europa mit der sozialen Marktwirtschaft immer noch einen Teil der Ungleichheiten versuchen auszugleichen, und selbst dieser kleine Ausgleich wiederum ist von einem völlig undemokratischen chinesischen Staatskapitalismus und einem monopolgesteuerten libertären, mit großer Menschenrechtsrhetorik daherkommenden Silicon-Valley-Kapitalismus herausgefordert. Ich sage Ihnen das ganz

ehrlich, ich sage das auch so deutlich: Beides ist nicht unser Modell, und beides wollen wir nicht leben.

Es ist vielmehr das Gegenteil: Wir müssen uns aufmachen und versuchen, dass wir unser Modell, unser Modell der hohen Bildungschancen, der guten Wirtschaft, der guten Sozialstaatlichkeit überhaupt erhalten und weiterentwickeln können. Das wird nur gelingen, wenn wir tatsächlich auch eine aktivere und entschlossenere Position einnehmen.

Eine Antwort darauf ist die Stärkung Europas insgesamt. Denn ohne ein funktionierendes Europa ist jedes einzelne Land – auch Deutschland – zu klein und zu wenig mächtig, um die Interessen, die ich gerade formuliert habe, Interessen der Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft, der Verteidigung dieser Grundidee, aufrechtzuerhalten. Deswegen will ich drei wichtige Punkte für mich auch als zukünftige SPD-Parteivorsitzende definieren, an denen wir weiterarbeiten müssen.

Wir müssen Wertschöpfung mit einer inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftspolitik verbinden. Wir haben seit Jahren überhaupt keine vernünftige wirtschaftspolitische Debatte mehr. Ich persönlich wüsste nicht, was jetzt genau das letzte wirtschaftspolitische Konzept der SPD ist. Ich kenne das von meinen Jusos. Das Problem ist, die taugen heute nur bedingt.

Wir brauchen eine neue Politik für gute Arbeit, nicht nur für Sektoren mit messbarer Produktivität. Die sind immer noch mit einer starken Interessenvertretung und Tarifbindung versehen, die schrumpft aber auch in diesem Bereich. Messbare Produktivität, das ist in Deutschland das, worüber wir uns definieren. Aber in Wahrheit sind zwei Drittel unserer Arbeitsplätze mit Dienstleistungen verbunden. Hier sind die Strukturen viel zerklüfteter, die Organisation ist gerade viel schlechter - übrigens auch eine Analyse, die Sie vorgetragen haben, Herr Milanović, dass eben der Organisationsgrad der Arbeitnehmer\_innen in dem Bereich auch nicht reicht, um die alte Logik der sozialen Ausgleichsmechanismen zu realisieren. Deswegen ist die Frage für mich auch ein Thema: Wie erreichen wir jetzt einerseits eine Stabilisierung im messbaren Bereich - der ist ja immer noch da -, und auf der anderen Seite: Wie können wir eigentlich Arbeitnehmer\_innen organisieren und die Interessen der Arbeitnehmer\_innen organisieren, eine Aufgabe, die wir uns, aber auch die Gewerkschaften sich natürlich neu stellen müssen.

Und wir brauchen ein umfassendes Konzept von innerer und sozialer Sicherheit. Denn öffentliche Güter und nicht private Risiken sind hier ein wichtiger Baustein in diesem Zusammenhang. Auch da gibt es intellektuelles Entwicklungspotenzial. Wir müssen diese Themen aus meiner Sicht auf jeden Fall in den Debatten der nächsten Monate revitalisieren.

Sie sehen also: Sie haben mich da durchaus inspiriert, einige der Punkte, die wir hier diskutieren, doch noch mal in einen größeren Zusammenhang einzuordnen. Und ich möchte an dieser Stelle einfach dafür danken, dass hier noch einmal ein Versuch gemacht wurde, ohne platt zu sein – das ist nämlich in Wahrheit doch hochinteressant, die Gleichheits- und Ungleichheitsverteilung –, an dieser Stelle dann doch zu sagen: Wir haben hier eine Aufgabe, die wir mit verstärktem Druck annehmen müssen.

Es ist auf allen Ebenen ganz praktisch, wenn es um die Frage der Einbeziehung und Integration von Leuten geht, die sich abgehängt fühlen, ganz theoretisch aber auch, weil ich glaube: Wir haben, nachdem sich der Neoliberalismus selber an vielen Stellen entblößt hat, auch durch die Finanzkrise, in den letzten Jah-

ren trotzdem nicht die Kraft gehabt, ein alternatives Gegenmodell zu formulieren und dem entgegenzusetzen. Etwas Geringeres sollten wir uns aber nicht vornehmen, weil: Etwas Geringeres wird nicht reichen, um die Ungleichheit auf der Welt zu verkleinern.

In diesem Sinne: Ran an den Speck! Vielen Dank!



#### Laudatio

#### **Brigitte Preissl**

Chefredakteurin der Fachzeitschriften *Wirtschaftsdienst* und *Intereconomics*, Mitglied der Jury des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik

Branko Milanović ist Professor und gleichzeitig Direktor am Graduate Center der City University in New York. Er begann seine akademische Laufbahn mit einer Promotion an der Universität von Belgrad über Einkommensungleichheit in Jugoslawien. Für fast 20 Jahre leitete er die Forschungsabteilung der Weltbank, eine Tätigkeit, die wohl seinen Blick für politische Realitäten prägte. Zahlreiche Lehrverpflichtungen an verschiedenen amerikanischen Universitäten begleiteten seine Forschertätigkeit und unterstreichen seine Stellung in der wissenschaftlichen Community. Für seine Veröffentlichungen zum Thema Ungleichheit erhielt Milanović viele Preise, unter anderem den Leontief Prize for Advancing the Frontiers of Economic Thought 2018, den er gemeinsam mit Mariana Mazzucato, der Gewinnerin des Hans-Matthöfer-Preises 2016, erhielt. Dem hier gewürdigten Buch gingen zahlreiche Veröffentlichungen zur ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen

voraus, die über viele Jahre eine Basis für die nun vorliegenden äußerst bemerkenswerten Erkenntnisse liefern.

Über Ungleichheit ist gerade auch in Deutschland und Europa in den letzten Jahren viel geschrieben worden. Außer den jährlich wiederkehrenden Armutsberichten und zahlreichen Studien, die hier eine leichte Besserung, dort eine Verschlechterung – also business as usual – vorlegten, geschah aber wenig Neues. Fast war die Diskussion dabei zu ermüden, und auch die Erkenntnis, es müsse wohl an der Bildung liegen, brachte sie nicht recht in Schwung. Nun kommt aber Branko Milanovićs Buch.

Der erste Eindruck ist der eines gigantischen Reichtums an Details. Je gründlicher Ungleichheit auf nationaler oder globaler Ebene untersucht wird, desto unbrauchbarer werden einfache Wahrheiten. Fast jede Aussa-



Brigitte Preissl, Mitglied der Jury

ge über die globale Ungleichheit erweist sich als vorschnell, wenn eine andere Messmethode angewandt wird, Haushalte statt Personen betrachtet werden, der eine über dieses, die andere über jenes Land oder über diesen oder jenen Zeitraum redet. Sieht man genauer hin, stellt man fest, dass sich Verästelungen in der Beobachtung ergeben, die oft zum Leidwesen der nach Lösungen suchenden Leser\_innen die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Ungleichheit – welcher Ungleichheit eigentlich? – eher begrenzt erscheinen lassen.

Doch schauen wir uns das genauer an: Es hat sich herumgesprochen, dass in den letzten Jahrzehnten zwar die Ungleichheit innerhalb der reichen Industrieländer zugenommen hat, sie auf globaler Ebene aber geringer wurde. Nun profitierten jedoch hauptsächlich China und einige andere asiatische Länder von dieser Entwicklung. Aus Milanovićs Analyse folgt quasi mit mathematischer Gewissheit, dass, sobald China ein gewisses Niveau des Durchschnittseinkommens pro Kopf erreicht hat, die Ungleichheit wieder steigen wird, wenn die anderen Länder in Südamerika und insbesondere in Afrika nicht mitwachsen.

Eine historische Analyse von Verteilungsverläufen für eine Reihe von Ländern zeigt, dass die Ungleichheit immer dann zunimmt, wenn die Einkommen in einer Gesellschaft insgesamt steigen. Diese Phasen werden dann durch günstige Marktkonstellationen, politische Maßnahmen, aber auch durch Hyperinflation oder Kriege beendet, und es folgt eine Phase abnehmender Ungleichheit.

Soweit hatte auch der Ökonom Simon Kuznets mit seiner berühmten Kurve Verläufe der Einkommensverteilung beschrieben. Eine der herausragenden neuen Erkenntnisse Milanovićs ist nun, dass die Verteilungsverläufe eben nicht den geschilderten Verlauf eines umgedrehten "U" nehmen. Vielmehr muss die Kurve durch eine wellenförmige ersetzt werden. Milanović spricht daher von Kuznets-Wellen. Damit kann – anders als bei den Kuznets-Kurven – die in vielen reichen Ländern wieder deutlich steigende Ungleichheit von Einkommen seit den 1980er Jahren erklärt werden.

Interessant ist, dass es historisch eine Ausnahme von der Regel gibt, dass steigende Einkommen in einer Gesellschaft immer mit mehr Ungleichheit einhergehen. Milanović entdeckt sie – Sie ahnen es bereits – im sogenannten kurzen 20. Jahrhundert, also in der Zeit vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis etwa 1979 in den reichen Industrieländern. Es lohnt sich, diesen Zeitraum genauer zu betrachten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Arbeitskräfteknappheit, was die Verhandlungsposition der Lohnempfänger\_innen stärkte. Es herrschte eine starke Ab-neigung gegen extreme politische Positionen. Die Politik war also eher geneigt, auf sozialen Ausgleich hinzuwirken. Eine schnelle technologische Entwicklung sorgte für Produktivitätsgewinne und erhöhte damit den Verteilungsspielraum. Die Konkurrenz der Systeme, hier Marktwirtschaft, dort Sozialismus, erforderte die Betonung sozialer Elemente im marktwirtschaftlichen System, wie sie in der sozialen Marktwirtschaft besonders



deutlich zum Ausdruck kommt. Es war also nicht die Wirtschaft alleine, die über inhärente Mechanismen Ungleichheit verringerte, wie in der reinen Theorie behauptet, es wirkten hier wirtschaftliche, politische und institutionelle Faktoren günstig zusammen.

Seit 1980 wurden die ausgleichenden Kräfte durch Faktoren, die Ungleichheit eher begünstigen, abgelöst. Folgende Entwicklungen lassen sich hier beobachten:

- Der Zerfall des sozialistischen Systems beendete den Systemwettbewerb.
- Die sich ausbreitende Anwendung von Informationstechnik schwächte die Position der Beschäftigten in den unteren Einkommenssegmenten. Dies konnte nur unzureichend durch steigende Qualifikationsniveaus ausgeglichen werden.
- Die durch Dienstleistungen geprägte strukturelle Ent-wicklung bewirkte durch eine große Heterogenität einen geringeren Organisationsgrad der Arbeitskräfte.
- Gemeinsame Interessen sind nicht mehr so klar erkennbar.
- Kapital wird immer mobiler oder spielt im Produktionsprozess von Dienstleistungen eine geringere Rolle. Damit ist ein Ausweichen auf weniger regulierte Arbeitsmärkte einfacher.

Als Folge davon nimmt die Verhandlungsmacht der Beschäftigten insgesamt ab. Internationaler Wettbewerb um Arbeitsplätze und sich über Grenzen hinweg schnell ausbreitender technischer Fortschritt engen die Handlungsspielräume nationaler Politik ein. Die Politik und ihre Institutionen bewegen sich dabei – wie Milanović deutlich sagt – in dem Spielraum, den die Wirtschaft ihnen lässt.

Auffällig ist, dass sich in reichen Industrieländern zwischen 1970 und 2010 insbesondere die Markteinkommen stark ungleich entwickelt haben. Eine Verteilungspolitik, die sich, wie auch in Deutschland, hauptsächlich auf die Umverteilung nach der Einkommenserzielung konzentriert, kann die von auseinanderdriftenden Markteinkommen herrührende Ungleichheit alleine nicht wettmachen. Es entsteht eine Situation, in der die Transfers immer höher werden, die Ungleichheit aber dennoch zunimmt.

Wenn es in Deutschland über etwas einen breiten Konsens gibt, dann ist es darüber, dass die Bildung verbessert werden muss. Auch hier erweist sich die Herangehensweise Milanovićs als außerordentlich hilfreich. Schauen wir doch erst einmal hin, wie Bildung auf Ungleichheit wirkte und wirkt, welche Art von Verteilungsproblem hier adressiert werden kann und wie? Was tun, wenn Bildungsoffensiven nicht helfen, weil der Qualifikationsbonus abnimmt, da alle irgendwann auf dem gleichen Level ankommen?

Erst kürzlich wurde für Deutschland wieder in einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt, dass Bildungsanstrengungen bei weitem nicht ausreichen, um die Unterschiede durch Herkunft auszugleichen. Das Elternhaus bestimmt eben auch, welche Schule oder Universität besucht wird, welche Auslandsaufenthalte den formalen Abschluss aufwerten und mit welchem kulturellen und sozialen Hintergrund ins Schul- und Arbeitsleben gestartet wird.

Ein weiteres großes Verdienst des Buches von Branko Milanović ist es, die Zusammenhänge zwischen nationaler und internationaler Ungleichheit transparent gemacht zu haben. Die Verteilungsverläufe auf beiden Ebenen können eben nur zusammen interpretiert und verstanden werden. Schon Kuznets wusste, dass eine Verringerung des materiellen Elends zu einer Vergrößerung der Spannungen zwischen Armen und Reichen durch intensivere Kontakte führt. Dem steht das Menschenrecht gegenüber, sich in der Welt zu bewegen. Also kann man nicht wie selbstverständlich Globalisierung wollen und gegen Migration sein. Entwicklungspolitik heißt dann auch, Migration zuzulassen. Milanovićs Argumentation überzeugt hier wieder durch schonungslose Klarheit.

Er führt weiter aus: Eine größere Gleichheit zwischen Ländern wird unter Umständen mit höherer Ungleichheit in einzelnen Ländern bezahlt. Migration muss als Ausdruck hoher internationaler Ungleichheit verstanden werden, die unmittelbar in die Verteilungssituation auf nationaler Ebene eingreift. Dies zu leugnen wäre mehr als naiv. Migration als Mittel für die Beseitigung internationaler Ungleichheit einzusetzen verlangt vielleicht auch, temporäre Ungleichheit in den Einwanderungsländern zwischen Einheimischen und Zugewanderten zuzulassen. Wird das Recht auf Chancengerechtigkeit mit der Staatsbürgerschaft verknüpft, so wird – global gesehen – nicht die Klasse zum limitierenden Faktor für Verteilungsgerechtigkeit, sondern

der Ort, an dem eine Person geboren wurde. Ein solcher Ortsbonus kann aber nur durch Migration oder durch globales Wachstum verschwinden. So wenig diese Antwort befriedigen mag, so gelingt es Milanović hier doch, bessere Lösungen für Migration aufzuzeigen als das Errichten von Mauern und Zäunen.

Fassen wir zusammen: Wir befinden uns in der aktuellen Kuznets-Welle an einer Stelle, an der die Ungleichheit wahrscheinlich noch weiter steigen wird. Was macht die Situation im Moment so schwierig?

Es liegt auf der Hand, dass Faktoren, die früher immer wieder für eine gleichmäßigere Verteilung sorgten, nämlich Steuern und Sozialtransfers, Inflation, Verstaatlichung von Privateigentum, Wirtschaftskrisen und Kriege heute nur begrenzt bzw. gar nicht zum Tragen kommen oder kommen sollten. Auch die positiven Erfahrungen der Nachkriegszeit lassen sich nicht einfach wiederholen. Denn jede Kuznets-Welle verlangt andere Reaktionen des Staates.

#### Das kennzeichnet die aktuelle Situation:

- Es scheint heute notwendig, das Augenmerk weg von immer höheren Transfers auf eine Angleichung der Markteinkommen zu richten, und zwar nicht nur der Arbeits-, sondern auch der Kapitaleinkommen.
- Die Ausstattungsungleichheit ist gravierend. Mehr Gleichheit bei Einkommen und Vermögen, verbunden mit einem von der Herkunft weitgehend unabhängigen Bildungssystem würde gute Voraussetzungen für insgesamt ausgewogenere Markteinkommen schaffen.
- Bei den Personengruppen am oberen Ende der Skala geht die günstige Einkommensposition meist auf das gleichzeitige Vorhandensein hoher Arbeits- und hoher Kapitaleinkommen zurück.
- Zusätzlich wirkt die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen durch Vererbung und Vorteile einer guten "Anfangsausstattung" kumulativ.
- Die Globalisierung hat Kapital mobiler gemacht. Höhere Besteuerung des Kapitals lässt sich nur durchsetzen, wenn viele Länder gemeinsam handeln. Dem steht aber der internationale Steuerwettbewerb entgegen.

- Die relativen (und teilweise sogar absoluten) Verluste der Mittelschicht schränken eine deutliche Erhöhung von Transfers ein.
- Eine Beteiligung der Arbeitnehmer\_innen am Unternehmenskapital hilft nur begrenzt, wenn der Wert eines Unternehmens gemessen am Aktienkurs stark schwankt.

Soweit die ökonomischen Faktoren. Auf der Ebene der Politik zeichnen sich diesseits und jenseits des Atlantiks Entwicklungen ab, die die Wirtschaftspolitik nachhaltig beeinflussen. Dies hat beunruhigende Rückwirkungen auf die Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme. In den USA ist das Ergebnis von Wahlen in hohem Maße von Zuwendungen der Reichen und Mächtigen an die jeweiligen Kandidat\_innen abhängig. Dadurch gewinnen Lobbygruppen immer stärkeren Einfluss auf die Politik. Die Folgen sind gegenwärtig nicht zu übersehen. Die Ungleichheit verhindert also in einem zunehmend plutokratischen System automatisch auch ihre Bekämpfung.

In Europa sind populistische Parteien stark geworden. Während hier Reichtum und Macht einen geringeren direkten Einfluss auf die Politik ausüben, breitet sich Nativismus aus, die Begründung von Ungleichbehandlung auf Grundlage eines Geburtsrechts.

Beide Entwicklungen sind mit hohen Kosten für die nationale ebenso wie für die internationale Stabilität verbunden.

Positiv ist zu vermerken, dass die ökonomische Wissenschaft das Thema "Verteilung" wiederentdeckt hat. Nicht zuletzt durch Branko Milanovićs Buch wird es ihr nicht mehr gelingen, die Erkenntnisse der letzten Jahre so schnell wieder durch theoretische Spitzfindigkeiten oder schlichte Ignoranz zu übertünchen und damit in den Schubladen verschwinden zu lassen.

Am Schluss des Buches wird die Frage, ob denn die Ungleichheit verschwinden werde, lapidar mit einem "Nein" beantwortet. Aber auch hier gilt vielleicht das für Milanovićs Buch so charakteristische "ja – aber": Ja, die Analyse lässt keine andere Schlussfolgerung zu, aber da sind ja auch noch die Politik und hoffentlich wache Gesellschaften und hervorragende Ökonom\_innen wie Branko Milanović.

Vielen Dank für dieses Buch!

#### Dankesrede

#### **Branko Milanović**

Professor und Direktor am Graduate Center der City University in New York, ehemaliger Chefökonom in der Forschungsabteilung der Weltbank

Zunächst möchte ich der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Jury und allen Vorredner\_innen meinen Dank aussprechen, die in einer hervorragenden Diskussion die wesentlichsten Punkte meines Buches bereits zusammenfassten. Das erleichtert mir die Arbeit, denn ich würde den vorgesehenen Zeitrahmen ungern überschreiten. Und da viele Punkte schon aufgegriffen und sehr gut erläutert wurden, muss ich Ihnen mein Buch nicht noch einmal vorstellen.

Als Brigitte Preissl auf Leontief zu sprechen kam, fiel mir plötzlich eine Begebenheit ein, die ich hier nicht unerwähnt lassen möchte, weil sie verdeutlicht, was für eine Macht – wie soll ich es sagen? – das Schreiben hat bzw. Bücher haben: Als ich unlängst auf einer Buchmesse im mexikanischen Guadalajara war, um

die spanische Ausgabe meines Buches vorzustellen, sah ich mich nach anderen Büchern um und entdeckte eine Übersetzung von Leontiefs Dissertation über Input-Output-Tabellen – die erste Arbeit, die je zu diesem Thema erschien. Leontiefs Doktorarbeit, die er meines Wissens 1926 oder 1928 in Berlin verteidigte, war auf Deutsch veröffentlicht worden. Und sie wurde erst kürzlich erstmals in eine Fremdsprache – ins Spanische – übersetzt.

Wenn man daher darüber nachdenkt, wie die Welt miteinander verbunden ist, stößt man auf irgendwie ungewöhnliche und sonderbare Verflechtungen. Und ich glaube, dass wir als Buchautor\_innen immer hoffen, dass zufällige Ereignisse dieser Art auch unseren Büchern zu Ruhm verhelfen. Noch wünschenswerter



Branko Milanović, Preisträger

ist es natürlich, wenn das schon im Laufe unseres Lebens passiert, damit wir uns darüber freuen können, solange wir noch auf dieser Erde weilen. Umso glücklicher bin ich daher, heute in Berlin zu sein und diese Auszeichnung entgegenzunehmen.

Ich möchte meine Ausführungen in zwei Abschnitte teilen: Zunächst werde ich ein wenig über die Themen reden, die schon von Kurt Beck und Andrea Nahles angesprochen wurden, nämlich die Unterscheidung zwischen globaler bzw. internationaler Ungleichheit und nationaler Ungleichheit. Und im zweiten Teil meiner Rede will ich – vor allem weil ich gerade in Deutschland bin – ein paar Worte (ich bin sicher, dass es später noch eine ausführlichere Diskussion dazu gibt) darüber sagen, was ich für mögliche neue politische Ansätze halte, und zwar in Bezug auf die Rolle des Wohlfahrtsstaates und der Migration.

Lassen Sie mich also mit dem ersten Teil beginnen. Um die Geschichte deutlich zu machen: Ich denke, wir leben gerade in einer Zeit des Umbruchs. Wir leben in einer Welt mit zwei Entwicklungen, die uns zwar bewusst sind, an die wir aber nicht immer wirklich denken. Die erste davon ist, dass wir heute weltweit nur noch ein einziges sozioökonomisches System haben, und zwar den Kapitalismus. Wie Andrea Nahles vorhin schon sagte, gibt es natürlich auch einen Staatskapitalismus à la China und einen anderen, liberalen, monopolistischen Kapitalismus wie in den USA. Und Deutschland ist da wohl irgendwo in der Mitte. Und doch handelt es sich – in einer sehr begrenzten, unverkennbar an Max Weber und Karl Marx angelehnten Definition - überall um ein kapitalistisches System, das sich im Wesentlichen durch die Produktion von Profit anhand von Privatkapital, Lohnarbeit und dezentraler Koordination auszeichnet. Das ist die eine Entwicklung.

Die zweite Entwicklung, die sich – wie Sie gleich sehen werden – auch stark in meinem Buch widerspiegelt, ist etwas, das man als "Neujustierung" der wirtschaftlichen Positionen zwischen Europa und Asien bezeichnen kann. Man muss daher einen Blick darauf werfen, was beim Aufstieg Asiens – Chinas, Indiens, Indonesiens, Vietnams, Thailands usw. – passiert, einem Prozess, der die relativen Einkommensniveaus zwischen einem Großteil Asiens und Europa auf etwa dasselbe Größenverhältnis bringt, wobei dieses Verhältnis schon in der Geschichte – im 15. Jahrhundert oder früher – sehr eng beieinander lag. Und in meinem Buch beschäftige ich mich am Anfang ziemlich ausführlich mit diesem historischen Teil, der Aufschluss

darüber gibt, wie sich die globale Ungleichheit herausbildete.

Anders gesagt, nahm die globale Ungleichheit zu, als ein Teil der Welt – und zwar zuerst Westeuropa (bzw. Nordwesteuropa), dann die USA und später auch Japan – sehr viel reicher wurden als der Rest der Welt.

Um die Geschichte zu vereinfachen, schlage ich vor, die Welt gedanklich in drei Einheiten aufzuteilen: den Westen, also Westeuropa und Nordamerika, Indien und China. Was passierte also im 19. Jahrhundert? In Indien und China – der Grund für die Einteilung in drei Einheiten ist, dass sie die bevölkerungsreichsten Teile der Welt sind – gab es im Grunde kein Wachstum, und China erlebte sogar einen wirtschaftlichen Niedergang. Und das sorgte auf globaler Ebene für eine erhebliche Zunahme an Ungleichheit. Tatsächlich hat die globale Ungleichheit ihren Ursprung größtenteils in dieser Zeit.

Es mutet ironisch an, dass die globale Ungleichheit hauptsächlich auf den Erfolg in einem Teil der Welt zurückzuführen ist. Wie Brigitte Preissl in ihrer Ansprache schon erwähnte, können wir heute eine Verringerung der globalen Ungleichheit verzeichnen, da bisher arme Länder, wie Indien und China, gegenüber dem Westen aufholen.

Weltweit gesehen gibt es also derzeit eine günstige Entwicklung. Ungeachtet des obersten einen Prozent (auf das ich vielleicht später noch zu sprechen komme) erleben wir diese positive Entwicklung, dass große Menschengruppen – tatsächlich sprechen wir hier von über 2,5 Milliarden Menschen – reicher werden und sich annähern bzw. aufholen. Und in etwa 20 oder 30 Jahren werden sie wohl sogar mit dem reichsten Teil der Welt besser mithalten können.

Es ist also eine äußerst erfreuliche Entwicklung, die im globalen Kontext als eine andere und neue technologische Revolution zu verstehen ist. Vereinfacht gesagt, hat also die erste industrielle Revolution den Westen in die Position wirtschaftlicher, politischer und militärischer Vorherrschaft katapultiert und damit die globale Ungleichheit geschaffen.

Und nun gibt es eine zweite, eine technologische Revolution, die in vielerlei Hinsicht anders als die vorhergehende Revolution ist, ihr in mancher Beziehung aber auch ähnelt, und die jetzt auch offensichtlich die wirtschaftliche und militärische Dominanz des Wes-

tens infrage stellt sowie die relativen Einkommensniveaus einem Stand angleicht, wie er etwa 1500 zwischen China und Westeuropa war.

Da ich derzeit viel in China arbeite, lese ich in letzter Zeit beispielsweise Bücher über die Lebensweise in China im 15. Jahrhundert bzw. das, was darüber bekannt ist. Es gibt offensichtlich bemerkenswerte Ähnlichkeiten zwischen den Niveaus damals, beispielsweise in Bezug auf Einkommen, Nahrungsmittelverbrauch und die Fähigkeit zur Wasserversorgung, zwischen den entwickelten Teilen Chinas und entwickelten Teilen Italiens, vor allem Florenz, wenn man Florenz oder die Toskana, aber auch Amsterdam mit entwickelten Teilen Chinas vergleicht.

Aber zurück zum historischen Kontext, in dem meiner Meinung nach die zweite Globalisierung anzusiedeln ist. Wenn die erste ab etwa 1850 bis 1914 von den Briten angeführt wurde, ist dies die zweite Globalisierung – vielleicht könnte man sie in gewissem Sinne auch die zweite technologische Revolution nennen, einige nennen sie auch die dritte oder wer weiß wievielte, aber es ist wirklich eine technologische Revolution.

Warum halte ich das aber für so wichtig? Weil wir offenbar zwei widersprüchliche Bewegungen erleben, was schon in den vorhergehenden Reden erwähnt wurde. Einerseits ist da diese im weitesten Sinne günstige Bewegung auf globaler Ebene, in der viele Menschen der Armut entkommen, aufholen und reicher werden, andererseits aber in praktisch allen Ländern der Welt die Ungleichheit zunimmt. Das sind zwei wahrhaft widersprüchliche Entwicklungen. Die Ungleichheiten verschärfen sich in den USA, in Großbritannien und auch in Deutschland - tatsächlich habe ich gerade erst die neuesten Daten einer flexiblen Einkommensstudie in New York und sozioökonomische Paneldaten aus Deutschland eingesehen, wobei die Daten von 2015 einen weiteren Anstieg der Ungleichheit in Deutschland zeigen. So wächst also auch in Deutschland die Ungleichheit, wenn auch natürlich nicht in derselben Größenordnung wie in Großbritannien und den USA. Selbst Länder wie Schweden erlebten einen der größten Anstiege der Ungleichheit im Vergleich zum Anfangsniveau von 1980. Und auch China ist davon nicht ausgenommen. Es weist heute einen Grad an Ungleichheit auf, der über dem der USA liegt. Das Gleiche gilt für Indien und Russland.

Das ist also ein weiterer Widerspruch – einerseits die zunehmenden Ungleichheiten innerhalb der einzelnen Länder und andererseits die allgemeine Verringerung der Ungleichheit aufgrund der gestiegenen Einkommen in Ländern, die zuvor arm waren. Der Grund dafür, dass die Ungleichheit ein so großes Thema ist, und vermutlich auch der Grund, warum ich heute überhaupt hier stehe, ist, dass wir viel stärker auf eine Zunahme der Ungleichheiten in den Ländern reagieren, in denen wir leben, weil wir dort eigentlich unter einer gemeinsamen Regierung, mit einer Art gesellschaftlichen Übereinkunft leben und unsere Einkommen mit denen anderer Menschen vergleichen, die auch dort leben. Das Thema Ungleichheit wurde insbesondere nach der Finanzkrise von 2008 zu einem wunden Punkt. Denn die Krise hatte dazu geführt, dass die Einkommen vieler Menschen sanken, die sich dann Fragen stellten wie: "Wie kommt es eigentlich, dass mein Realeinkommen seit ewigen Zeiten nicht mehr gestiegen ist?" Wie Andrea Nahles ausführte, stagnierten auch in Deutschland die Realeinkommen, wenn man den unteren Bereich der Einkommensverteilung betrachtet. Andererseits wird den Menschen dann bewusst, dass das Einkommen der Leute ganz oben enorm angestiegen ist, und damit wurde die Frage der Ungleichheit zu einem politisch brisanten Thema. Das ist meiner Meinung nach der Kontext, in dem diese Dinge zu unterscheiden sind.

In meinem Buch wimmelt es nur so von Zahlen. Ich muss aber sagen, dass das Ziel, wenn man über Ungleichheit, über ein so grundlegend gesellschaftliches Thema schreibt, nicht darin bestehen kann, die Leser\_innen mit Zahlen zu überschütten. Die Zahlen sind nur sinnvoll, wenn man ein Narrativ und eine Geschichte dazu hat und erklären kann, wie diese Zahlen zustande kamen und was sie verursachte. Und hinter diesen Zahlen stecken natürlich politische Entscheidungen, technologischer Wandel, die Globalisierung. Betrachtet man die globale Ungleichheit, sind auch noch andere politische Kräfte zu erkennen, die sehr interessant sind.

Ich will hier nur eine davon ansprechen: Zerlegt man diese globale Ungleichheit in zwei Bestandteile, ist einer davon die bereits erwähnte Ungleichheit innerhalb der Nationen; der zweite ist durch die Ungleichheit zwischen den Nationen bedingt, was ich natürlich auch schon erwähnte, als ich von sehr reichen und sehr armen Ländern sprach. Es lässt sich auch einfach berechnen, inwieweit die gesamte Ungleichheit einzig auf Schulden zurückzuführen ist. Zu erkennen ist, dass die beiden Komponenten Mitte des 19. Jahrhunderts noch etwa gleich bedeutsam waren. So beruht der "innerhalb der Nationen" zu verortende

Bestandteil, den ich im Buch der Einfachheit halber, meines Erachtens aber auch zu Recht als "Klasse" bezeichne, wirklich auf grundsätzlichen Unterschieden innerhalb der Länder. Es gab eine wohlhabende Bourgeoisie und reiche Landbesitzer\_innen, aber arme Arbeiter\_innen usw. Diese Komponente erklärte damals auch zum großen Teil die globale Ungleichheit.

Versetzt man sich in das Jahr 1865 oder vielleicht auch 1867, als "Das Kapital" von Marx erschien, steht einem ein ziemlich gutes Argument zur Verfügung: "Natürlich trägt der Klassenaspekt beträchtlich zur gesamten Ungleichheit bei." Zur damaligen Zeit ist die Lage der unteren Klassen in den meisten Ländern – sei es Großbritannien, China oder Russland – in Bezug auf den Existenzkampf ziemlich ähnlich, sodass es zu der Zeit vielleicht eine Art internationale Solidarität gab. Das erwähnte ich gegenüber jemandem, der kürzlich die Schriften Rosa Luxemburgs las, und bei ihr ist ausdrücklich die Rede von einer internationalen Solidarität, die von ähnlichen wirtschaftlichen Bedingungen angetrieben wurde.

Wenn man dann aber im schnellen Vorlauf 100 Jahre weiterspult, stellt man anhand der Zweiteilung der globalen Ungleichheit fest, dass sie jetzt größtenteils auf Ungleichheiten zwischen den Staaten zurückzuführen ist und dass sich reiche und arme Länder herausgebildet haben. Und dass es Menschen, die in reichen Ländern arm sind, immer noch wesentlich besser geht als Menschen, die in armen Ländern arm sind. Das heißt also, dass die Zunahme der globalen Ungleichheit inzwischen auf der Ungleichheit zwischen Nationen beruht.

Und genau daraus leitet sich das ab, was ich als "Staatsbürgerschaftsbonus" oder als "Staatsbürgerschaftsrente" bezeichnet habe. Diese Begriffe basieren auf der Tatsache, dass viele Menschen, die ansonsten Menschen aus armen Ländern gleichen – also in Bezug auf Bildung, Kenntnisse, Geschlecht, Gender oder was auch immer – aufgrund ihrer Geburt in einem reichen Land ein zehn- oder zwanzigmal höheres Lebenseinkommen haben als ihr in einem armen Land geborenes Pendant. Das wirft die politisch-philosophische Grundsatzfrage auf – und in gewisser Hinsicht auch die wirtschaftliche (auf die ich gleich noch zurückkomme) –, ob diese Unterschiede zu rechtfertigen sind.

Ich bin weder Politikwissenschaftler noch politischer Philosoph und habe darauf keine Antwort. Aber ich denke, diese Frage muss gestellt werden, denn wenn wir über Chancenungleichheit reden, sprechen wir immer nur von der Chancenungleichheit innerhalb eines Nationalstaates. Es gefällt uns nicht, dass jemand nur deshalb reich bleiben kann, weil er ein Vermögen von seinen Eltern geerbt hat. Ebenso missbilligen wir, dass eine Person ein höheres Einkommen bzw. einen höheren Lohn als eine Frau hat, nur weil diese Person ein Mann ist. Genauso wenig sind wir damit einverstanden, dass jemand aufgrund seiner Hautfarbe oder Religion mehr Geld verdient als ein ihm ansonsten Ebenbürtiger, der sich nur in Religion und Hautfarbe unterscheidet.

Aber wir denken nie über die globale Chancenungleichheit nach. Dennoch ist sie ein Anliegen. Als ich begann, mich als Wirtschaftswissenschaftler mit der globalen Ungleichheit zu beschäftigen, interessierten sich viele politische Philosophen für meine Arbeit, weil sie die einzigen waren, die über diese Problematik nachdachten. Ihnen fehlten nur die entsprechenden Zahlen. Das ist also ein Thema, das in dem Buch erörtert wird und das dann in einen direkten Zusammenhang mit der Migration gestellt wird.

Damit gehe ich also zum Thema Migration über – einer heute natürlich riesigen Thematik. Ich möchte aber, dass Sie jetzt bei Migration nicht an etwas denken, das plötzlich, einfach so und erst jetzt in Erscheinung getreten ist. Und ich möchte auch jegliche Migration ausschließen, die mit Kriegsflüchtlingen und Asylsuchenden und Ähnlichem zu tun hat. Dies sind zwar wirklich gravierende Probleme, beruhen aber auf einzelnen Ereignissen, die beispielsweise im Fall eines Krieges eintreten, wenn viele Menschen ein Land verlassen müssen. Das soll hier aber nicht Gegenstand der Diskussion sein.

Hier soll im Wesentlichen von den Migrant\_innen, von den Menschen die Rede sein, denen es darum geht, höhere Löhne zu verdienen. Anders ausgedrückt, in der Begrifflichkeit, die ich zuvor benutzte, geht es um Menschen, die versuchen, auch für sich diesen "Bonus" zu ergattern, den es in den reichen Ländern gibt – diesen Bonus, der vielleicht in Form von Geld besteht (über Löhne), aber auch in Form von Sozialleistungen, in Form von Schutz, in Form von Vorteilen für ihre Kinder. Es gibt, wenn man so will, ein ganzes Paket an guten Sachen, um die sie sich bemühen.

Man muss das jedoch im Kontext der Globalisierung sehen, die unter Bedingungen ungleicher Einkommen zwischen den Ländern stattfindet. Das ist eine sehr wichtige Aussage, deren Bedeutung ich gern näher erläutern würde. Wenn wir in einer Welt leben würden, die genau wie die EU-15 aussehen würde, also mit relativ geringen Einkommensunterschieden zwischen den Ländern, gäbe es keine systematische Migration. Natürlich wären da immer beispielsweise deutsche Bürger\_innen, die aufgrund des schöneren Wetters in Spanien gern dorthin auswandern würden. Wie wir wissen, leben tatsächlich viele Deutsche in Spanien, aber das ist keine systematische Migration. Es könnte jemand sein, der gern in Barcelona lebt und das als Softwareprogrammierer, der lieber von dort als von Hamburg aus arbeitet, auch tun kann. Aber es wird nie drei Millionen Deutsche geben, die einfach nach Spanien gehen, weil es dort höhere Löhne gibt. Ebenso wenig gibt es drei Millionen Spanier\_innen, die bei plötzlich relativ ähnlicher Höhe der Gehälter nach Schottland ziehen würden, weil sie dort gern Golf spielen. In der EU-15 gibt es keine systematischen Migrationsbewegungen.

Wie wir wissen, kam es aber mit der EU-28 zu systematischen Migrationsbewegungen, was möglicherweise der Grund dafür ist, dass es bald eine EU-27 gibt. Denn Menschen aus Polen, Rumänien oder Bulgarien können ihre Löhne verfünffachen oder zumindest verdreifachen, wenn sie in ein reiches Land gehen. Und die Welt ist keine "EU-28", sondern in Wirklichkeit eine "Welt-180" oder "Welt-190" mit natürlich viel mehr und größeren Einkommensunterschieden. Deshalb sollten wir die Migration vor diesem Hintergrund betrachten.

Wenn wir also diesen Kontext im Auge behalten, wenn wir über Migration nachdenken, erkennen wir zwei Dinge. Erstens, dass Migration die Bewegung eines Produktionsfaktors ist, nämlich der Arbeit. Technisch - oder im Grunde begrifflich - gesprochen, sollte sie (wie Andrea Nahles schon sagte) nicht anders behandelt werden als der Kapitalverkehr. Wenn es Migration mit der freien Mobilität eines Produktionsfaktors gibt, besteht kein Grund, warum das nicht - auf einer sehr abstrakten Ebene - auch für den anderen Produktionsfaktor gelten sollte. Und wenn es eine volle Freizügigkeit für Arbeitskräfte gäbe, würde das - wie wir aus Studien wissen – offensichtlich zu einer Verringerung der Armut in der ganzen Welt, zu einem Rückgang der globalen Ungleichheit und auch zu einer beträchtlichen Erhöhung des Welt-BIP führen.

Es liegen auch Studien vor, die zeigen, dass man der Migration tatsächlich Steine in den Weg legen kann, und zwar sozusagen in Form von Zolltarifen. So liegen die Zolltarife bei Migration – die natürlich bilateral zwischen den Ländern variieren – bei über 100 Prozent. Hier gibt es also im Grunde eine Art Protektionismus mit Schutzzöllen von 150 Prozent auf Arbeitskräfte. Und das ist nicht gut.

Wenn wir von dieser Position ausgehend sagen würden: "Okay, lasst uns die gesamte Migration liberalisieren und jeden auswandern lassen, wohin er will", wäre das natürlich politisch nicht machbar. Und dann – und das ist der Grund, warum ich in meinem Buch eine Art Vorschlag unterbreite, der nicht vielen Menschen gefallen wird, den ich aber nicht verschweigen will –, dann kommt der Moment, wenn man sagt: "Okay, es ist zwar nicht machbar, aber es ist im Grunde eine gute Sache", und wenn es nur deswegen nicht machbar ist, weil Menschen keine Avatare sind und sich nicht wie in einem Computerspiel bewegen lassen, weil sie mit ihrer Kultur, ihren Ansichten, Vorlieben und anderen Dingen kommen, worin besteht dann die Lösung?

Na ja, eine uns bekannte Lösung besteht natürlich darin, dass man es einfach versuchen kann, in reiche Länder zu gelangen, die sich dann abschotten, höhere Grenzzäune ziehen, Frontex verbessern und schließlich Mauern bauen und Stacheldraht spannen usw. Aber das ist eine schlechte Lösung. Es ist eine schlechte Lösung für die Länder, die sich abschotten, denn sie brauchen eigentlich Arbeitskräfte. In diesen Ländern gehen die Bevölkerungszahlen zurück, während Afrika ein enormes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen hat. Es ist also nicht gut für die Einwanderungsländer. Es ist nicht gut für die Migrant\_innen, weil Migrant\_innen natürlich am meisten von der Migration profitieren. Und es ist auch nicht zwangsläufig gut für die Herkunftsländer der Migrant\_innen, weil diese vielleicht einen Überschuss an Arbeitskräften haben, was zu politischer Instabilität führen kann usw.

Genau an dieser Stelle schlage ich vor – bzw. ich nenne es eine "Art von Vorschlag", weil ich einerseits einsehe, dass es keine politisch machbare Option ist, die Grenzen zu öffnen, andererseits aber sehe, dass gar keine Zuwanderung auch keine gute Option ist –, so sage ich also aus den gerade genannten Gründen: "Okay, erlauben Sie mir die folgende Anregung." Es besteht eine negative Korrelation bzw. ein negatives Verhältnis zwischen der Anzahl der Rechte, die man Zugewanderten einräumt – unter anderem das Recht auf Staatsbürgerschaft und ein dauerhaftes Bleiberecht

in dem Land, in das der/die Migrant\_in einwanderte - und der Bereitschaft, Zuwanderer und Zuwanderinnen aufzunehmen. Ich muss das noch einmal wiederholen: Wenn es ein negatives Verhältnis zwischen diesen beiden Dingen gibt – dass also die Bereitschaft, mehr Zuwanderer und Zuwanderinnen aufzunehmen, in dem Maße sinkt, wie diesen Rechte eingeräumt werden -, dann gibt es eine Kurve oder Linie zwischen zwei Extremen: zum einen die Situation, in der Migrant\_innen sofort sämtliche Rechte gewährt werden, dass sie also - mal theoretisch angenommen - auf deutschem Boden ankommen und sofort anderen deutschen Bürger\_innen gleichgestellt würden, einschließlich Staatsbürgerschaft und allem. In diesem Szenario ist die Bereitschaft, viele Zuwanderer und Zuwanderinnen aufzunehmen, mit aller Wahrscheinlichkeit eher gering. Und bei dem anderen Extrem, in dem Migrant\_innen nur sehr wenige Rechte eingeräumt werden, könnten möglicherweise mehr von ihnen akzeptiert werden.

Meines Erachtens sollte jedes Land die für sich optimale Position auf dieser Linie finden. Mein Punkt besteht aber aus zwei Aspekten. Erstens sollte das als Tauschgeschäft erachtet werden. Wir sollten versuchen, die für uns – in jedem Einzelfall – optimale Position zu finden, und zum anderen sollten wir von der im 18. Jahrhundert existierenden gewissermaßen binären Sichtweise der Staatsbürgerschaft Abstand nehmen, dass man entweder Staatsbürger\_in oder kein\_e Staatsbürger\_in ist.

Um mit der Migration, der Globalisierung und dem Wohlfahrtsstaat in seiner heutigen Ausprägung fertig zu werden, müssen wir meines Erachtens verschiedene abgestufte Grade an Staatsbürgerschaft kreieren. Dann könnten einige Migrant\_innen beispielsweise mit einem befristeten Visum nach Deutschland oder Frankreich oder in jedes andere Land kommen, für diese befristete Zeit in den Ländern bleiben, würden nicht in den Genuss staatsbürgerlicher oder anderer Rechte kommen – abgesehen natürlich von den Rechten im Zusammenhang mit ihrem Arbeitsplatz, ihrem Lohn, dem Arbeitsschutz, dem Gesundheitsschutz usw. – und müssten dann in ihre Heimatländer zurückkehren.

Ich weiß, dass viele Menschen in Deutschland dieses Modell mit Skepsis betrachten, weil es den früheren Gastarbeiter-Programmen sehr ähnelt. Es besteht aber ein Unterschied: Diese Menschen würden tatsächlich gezwungen, auf jeden Fall in ihre Heimatländer zurückzukehren. Das ist ein System, das in einer gewis-

sermaßen sehr groben Form in den Golfstaaten und in Singapur existiert. Das wäre das eine Extrem.

Entlang dieser Kurve oder Linie kann man den Migrant\_innen mehr Rechte einräumen, wichtig dabei ist meines Erachtens aber, dass man sich von zwei Dingen frei macht: Man darf nicht auf der Sichtweise beharren, dass alle Grenzen geschlossen werden müssen, und man sollte ebenso nicht an dem Glauben festhalten, dass es eine binäre Natur der Staatsbürgerschaft gibt.

Mir ist bewusst, dass dies ein Vorschlag ist, der weder die Linke zufriedenstellt, weil er sehr diskriminierend gegenüber Migrant\_innen zu sein scheint – was auch stimmt –, noch die Rechte zufriedenstellt, weil die Rechte in der Tat eigentlich überhaupt keine Zuwanderung will. So wird der Vorschlag vielleicht niemanden zufriedenstellen.

Zudem wirft er die Frage auf – eine schwierige Frage –, was Staatsbürgerschaft ist, und ob man überhaupt verschiedene Unterkategorien von Staatsbürgerschaften kreieren kann, um der Globalisierung gerecht zu werden. Ich glaube, dass das möglich ist und dass wir aus den gängigen Denkmustern ausbrechen sollten, weil wir mit der Globalisierung konfrontiert sind, mit einer vollkommen neuen Welt, die nicht mehr die Welt der Nationalstaaten ist, wie sie noch vor 20 Jahren existierte.

Es ist eine neue Welt und für diese neue Welt müssen wir wirklich neue Kategorien schaffen. Und genau deshalb setze ich mich in meinem Buch explizit mit dem Problem der Ungleichheit im Zeitalter der Globalisierung auseinander, das sich sehr von dem Problem der Ungleichheit in der Zeit vor der Globalisierung unterscheidet.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Natürlich werde ich sicher gleich die Gelegenheit haben, viele Ihrer Fragen zu beantworten und auf die Kritik an diesem Vorschlag einzugehen.

Vielen Dank!



Von links nach rechts: Andrea Nahles, Kurt Beck, Branko Milanović, Brigitte Preissl, Thomas Fricke



Der Preisträger, Branko Milanović, hat sein Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro zu gleichen Teilen an zwei gemeinnützige Einrichtungen, an das Kompetenz-Zentrum für Integration – Integration statt Isolation (IsI) e.V. und an Die Arche – Christliches Kinder- und Jugendwerk e.V., gespendet.

"Lieber Herr Milanović, als Verein im sächsischen Vogtland betreuen wir ca. 120 Flüchtlinge, die größtenteils aus arabischen Ländern nach Deutschland gekommen sind, darunter Familien sowie Einzelpersonen. Mit unserer Arbeit möchten wir diesen Menschen den Start ins soziale wie berufliche Leben in dem neuen und fremden Land erleichtern."

M. Rother und S. Postier, Vorsitzende und Mitglied des Vorstandes, Kompetenz-Zentrum für Integration – Integraton statt Isolation (IsI) e.V., Plauen

"Lieber Herr Milanović, haben Sie vielen Dank für Ihre Unterstützung, und wir beglückwünschen Sie zur Verleihung des Hans-Matthöfer-Preises. Zusammen können wir wirkungsvolle Lösungen für Ungleichheit und Kinderarmut finden."

Bernd Siggelkow, Vorsitzender des Vorstandes, Die Arche – Christliches Kinder- und Jugendwerk e.V., Berlin

#### Programm der Preisverleihung - 19. März 2018

## Verleihung des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik "Wirtschaft.Weiter.Denken." 2018 an Prof. Branko Milanović

Die ungleiche Welt – Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht

13:00 Uhr Musikalische Einführung: *clair-obscur* Saxophonquartett

13:05 Uhr Begrüßung

Kurt Beck, Ministerpräsident a. D., Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung

13:15 Uhr Festrede

Andrea Nahles, MdB, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

13:45 Uhr Laudatio

**Dr. Brigitte Preissl**, Chefredakteurin der Fachzeitschriften *Wirtschaftsdienst* und *Intereconomics*,

Mitglied der Jury des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik

Übergabe des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik

"Wirtschaft.Weiter.Denken." 2018 an Prof. Branko Milanović

14:00 Uhr Dankesrede

Prof. Branko Milanović, Professor und Direktor am Graduate Center der City University in New York,

ehemaliger Chefökonom in der Forschungsabteilung der Weltbank

14:25 Uhr Musikalischer Ausklang: clair-obscur Saxophonquartett

14:30 Uhr Ende des Festaktes





# WIRTSCHAFT.WEITER.DENKEN.

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Montag, den 19. März 2018 | Berlin

# Preisverleihung an Branko M

Die ungleiche Welt -







